

Die Frauen und die Bevölkerungs- und Schutzmittelfrage.

VON HENRIETTE FÜRTH, Frankfurt a. M.

Wir werden die Mütter sein, deren das Vaterland bedarf.

Wir sind es, das hat dieses Kriegsjahr bewiesen. Klaglos, ruhig und gefaßt, mit dem Heldenmut spartanischer Mütter haben wir unsere Söhne und Gatten dahingegeben fürs Vaterland. Dann haben wir gearbeitet, Tag um Tag, Monat um Monat, um an unserem Teil unsere Schuldigkeit im Dienste des Vaterlandes zu tun.

Hätte es noch eines Beweises bedurft: die schweren Tage, die hinter uns liegen, die schweren, die wir zu durchleben haben, hätten den vollgültigen Beweis dafür erbracht, daß die Frau mündig geworden ist und ebenbürtig an der Seite des Mannes steht. Bereit und befähigt, alle Pflichten mitzuübernehmen, aber auch aller Rechte teilhaftig zu werden.

Im Lichte der neuen Zeit, die damit heraufgekommen ist, erscheint es fast wie ein Traum, daß man noch vor kurzem die Frauen und die Frauensache so gering schätzen konnte.

Auf der Wage der neuen Werte wiegt leicht und wird als zu leicht befunden, was enge Gehirne bereit hielten, um die Minderwertigkeit und folgegemaß die Minderberechtigung der Frau darzutun.

So wird auch und zwar nicht nur durch die unmittelbaren Kriegsfolgen und Gegebenheiten, sondern ebenso sehr durch die Umwertung aller Werte, nunmehr die Geburtenfrage und alles was mit ihr zusammenhängt, ein neues Gesicht zeigen und eine andere Behandlung erfahren müssen als in der fernen Zeit, da noch kein Krieg war.

Daß und warum aber auch diese neue Auffassung und Behandlung der Geburtenfrage keinen Gebärzwang bringen darf und zu

bringen braucht, ferner, daß auch im Lichte des Neugewordenen die Frauenstandpunkte von vordem nicht nur zu Recht bestehen, sondern erst zu ihrem vollen Rechte kommen werden, sollen die folgenden Darlegungen erweisen, die schließlich an einem Sonderbeispiel die Abwegigkeit der bis zum Kriege geübten Geburtenpolitik aufzeigen werden.

Am 13. Februar 1914 wurde im Reichstag ein von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie unterzeichneter Antrag eingebracht, der den Erlaß eines Gesetzes, betreffend „den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“ zum Gegenstand hatte.

Der Paragraph 1 dieses Gesetzes soll lauten:

„Der Bundesrat kann den Verkehr mit Gegenständen, die zur Beseitigung der Schwangerschaft bestimmt sind, beschränken oder untersagen.

Das gleiche gilt bezüglich der zur Verhütung der Empfängnis bestimmten Gegenstände, insoweit als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht.

Die vom Bundesrat getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag, wenn er versammelt ist, sofort, andernfalls bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen . . .“

Am 23. Februar 1914 fand im Preußischen Landtag eine Verhandlung statt, die als Erläuterung dieses merkwürdigen Gesetzesentwurfes zu gelten hat. Diese Diskussion über den Geburtenrückgang gab einem Zentrumsmann den Anlaß, sich in beweglichen Klagen über die wachsende Unsittlichkeit im Volke, die Zunahme der Geschlechtskrankheiten usw. zu ergehen. Er bestritt die wirtschaftliche Mitbedingtheit des Geburtenrückganges, rief nach dem Polizeistock und schob der Sozialdemokratie und den gebärunwilligen Frauen die Schuld am Sinken der Geburtenzahl zu, das der „französische Erbfeind“ als ein Zeichen des durch die Unsittlichkeit besiegten deutschen Reichsbaues, „in dessen Gebälk es bereits zu knistern anfängt“, freudig begrüße. Die Ereignisse des 4. August und der folgenden Wochen haben diese übereilte Anschauung gründlich ad absurdum geführt. Sie haben neben der physischen eine so überwältigende sittliche Kraft und Größe in unserem Volkstum offenbart, daß solcherlei Angriffe und Befürchtungen auf absehbare Zeit gegenstandslos geworden sind.

Freiher von Steinacker ging aber im Zusammenhang seiner Ausführungen sogar dazu über, den Frauen das Recht auf und über sich selbst und die Bestimmung der Kinderzahl, die sie in die Welt setzen wollen, zu bestreiten. Er bezeichnete eine Frau, die in

einer Versammlung Frauen und Mädchen über dies ihr Recht aufgeklärt hatte, als „gefährlicher als ein wildes Tier, das auf die menschliche Gesellschaft losgelassen wird...“

Diese Beschimpfung war der einzige Punkt der ganzen fünfständigen Verhandlungen, der sich mit den Frauen als solchen befaßte. Vom sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch wurde zwar auf die Ausbreitung der Schwindsucht unter den erwerbstätigen jugendlichen Frauen hingewiesen. („Von je 100 tuberkulösen Frauen standen 52 im Alter bis zu 25 Jahren, also gerade in dem Alter, das für die Geburten am meisten in Betracht kommt, von den kranken Männern jedoch nur 27.“) Aber auch Hirsch sprach nur vom Standpunkt des Rassehygienikers und Sozialpolitikers. „Tuberkulöse erwerbstätige Frauen sind nicht gerade geeignet, gesunde Kinder zur Welt zu bringen.“

Der Geschichtsschreiber künftiger Tage wird sich wundern, wenn er aus diesen amtlichen Dokumenten (Stenogramm der 34. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 23. Februar 1914) ersieht, wie es um die Wertschätzung der Frau in einer Zeit bestellt war, die sich so gern ihres kulturellen Hochstandes rühmt. Die Frau kein Selbstzweck mit Persönlichkeits- und Selbstbestimmungsrecht, sondern Mittel zum Zweck der Volksvermehrung. Ein Mittel, das man gleich dem übrigen toten oder lebenden Produktions- und Reproduktionsmaterial nicht um sein Wollen fragt, sondern dem man einfach auflegt, sich in den Dienst des Gebärens zu stellen und dem man diesen Dienst als alleinigen Daseinszweck zudiktirt. Und wenn sich Frauen gegen solchen Standpunkt auflehnen, „dann sind sie schlimmer als wilde Tiere“.

Angesichts solcher Rückständigkeit ist es höchste Zeit, daß die Frauen selbst ihre Sache in die Hand nehmen.

Wir wollen und wir werden das tun. Und wir werden es von einer höheren Warte aus tun, als unsere kurzsichtigen Gegner. Denn trotz der persönlichsten Note, die diese Sache für uns hat, werden wir nicht vergessen, daß Geburtenfrage und Bevölkerungspolitik Dinge sind, die das Wohl der Gesamtheit betreffen und die wir entscheiden werden nach bestem Wissen und Gewissen, nicht wie unser etwaiger Egoismus oder unsere Bequemlichkeit, sondern wie das Volkswohl es verlangt. Völlig bereit, wenn es in diesem Zusammenhang not tut, auch persönliche Opfer zu bringen.

Vergegenwärtigen wir uns in diesem Zusammenhang noch einmal einige wesenswichtige Tatsachen. Nachdem das 19. Jahrhundert bis zu den 70er Jahren einen europäischen Bevölkerungszuwachs ohne-

gleichen gebracht hat, ist seit einigen Jahrzehnten in allen Kulturländern eine Abnahme der Geburtenhäufigkeit zu beobachten, die im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts ernstere Formen angenommen hat. Trotzdem sind, mit Ausnahme von Frankreich, die Geburts- und Sterbeverhältnisse der europäischen Kulturvölker so gelagert und die Bevölkerungsüberschüsse so groß, daß man auf absehbare Zeit, die ein Sozialstatistiker von dem Range Würzburger auf 150 Jahre für Sachsen berechnet hat, sich mit dem Gespenst der Entvölkerung noch nicht herumzuschlagen braucht. So wurden z. B. in Schweden mehr Kinder geboren, als zur Erhaltung der Volkszahl notwendig gewesen wäre, zwischen 1816 und 1840: 39,07 Proz., 1891 bis 1900: 41,22 Proz. In Dänemark zwischen 1895 und 1900: 50,94 Proz. In Frankreich allerdings zwischen 1898 und 1903: 2,47 Proz. weniger als zur Erhaltung der Volkszahl notwendig gewesen wäre. Dagegen zeigt Deutschland zwischen 1881 und 1890 über die Selbsterhaltungsziffer hinaus ein Plus von 36,17 Proz., 1891 bis 1900 (also schon in der Zeit der Geburtenrückläufigkeit) ein solches von 44,05 Proz. und auch zwischen 1901 und 1910 immer noch ein Mehr von 41,68 Proz. (Band 246 der Statistik des Deutschen Reiches. Die Bewegung der Bevölkerung im Jahre 1910. S. 19.) Wenn das, selbst einen weiteren Rückgang der Geburtenzahl vorausgesetzt, annähernd so weiter geht, wird bald der Tag gekommen sein, an dem, auch die dichteste Besiedelung und die denkbar größte Ausweitung unseres Handelsmarktes vorausgesetzt, Deutschland mit so viel oder selbst mehr Menschen gesättigt sein wird, als es irgend behausen oder ernähren kann. Selbst im Jahre 1911 mit seinen abnormen Witterungsverhältnissen und der daraus folgenden hohen Allgemein- und erschreckenden Säuglingssterblichkeit ergab sich ein Geburtenüberschuß von rund 740 000 Köpfen, der im Jahre 1912 auf 840 000 anstieg. Müßte es nicht eigentlich den enrugierten Vertretern der bloßen Quantität ein bißchen Angst werden, wenn sie daran denken, daß ein solch jährliches Mehr von 800 000 bis 900 000 Menschen in kulturwürdiger Weise herangepflegt und durchgehalten werden soll? Ja aber, so sagen sie, dieses Mehr ist in der Hauptsache dem Rückgang der Sterblichkeit zu danken. Dem ist aber eine natürliche Grenze gesetzt, die bald erreicht sein dürfte. Es ist nicht an dem. Darüber belehrt uns ein Blick auf die Gestaltung der Sterbehäufigkeit und der Altersgliederung bei uns wie bei anderen Völkern. Die schwedische männliche Bevölkerung z. B. erreicht ein Durchschnittsalter von 51, die weibliche von 54 Jahren. Bei uns in Deutschland hat

sich das Durchschnittsalter der Männer von 37, das der Frauen von 38,5 Jahren in dem Zeitraum 1881—1890 auf 45 Jahre bei den Männern und 48 bei den Frauen in dem Jahrzehnt 1901—1910 erhöht.

Schweden hatte zwischen 1891 und 1895 bei einer Geburtenziffer von 27,5 Prom. einen Überschuß von 10,5 Prom., Rußland mit 46,5 Prom. Geburten einen Überschuß von nur 10,4 Prom. Um wie viel teurer kommen dieses Land seine Menschen zu stehen! Wie viel Frauenkraft, Lebensfreudigkeit und volkliche Zukunftserwartung wird hier verwüstet und vernichtet. Eine Bevölkerungspolitik, die so wirtschaftet, ist in sich gerichtet. Das mögen sich die bei uns gesagt sein lassen, die gerade unter Hinweis auf den östlichen Nachbar nach der Quantität schreien. (Was Quantität und was Qualität bedeutet, das hat ja auch der russisch-japanische Krieg erwiesen und das macht der Verlauf des unerhörten Völkerringens, das sich in Ost und West jetzt abspielt und in dem Deutschland gegen eine Welt von Feinden obsiegt, überzeugend kund.) Und sie mögen sich erinnern, daß in Rußland auf den Quadratkilometer durchschnittlich 5,7, im europäischen Rußland 19 Menschen kommen, bei uns aber 120 Menschen. In dem Wettrennen um die Quantität werden wir daher hinter dem Fassungsvermögen von Rußland allemal so weit zurückbleiben müssen, daß es schon richtiger sein dürfte, von vornherein unsere Überlegenheit nach der kulturell-qualitativen Seite zu suchen und zu festigen.

Und nun die Sterbeziffern, die allgemeinen und die der Säuglinge. Daß sie noch weitaus vermindert werden können, werden wir für die Allgemeinheit an der günstigen Sterberate einzelner Städte und Bevölkerungsteile nachweisen. Für die Säuglingssterblichkeit, in der Deutschland immer noch an 5. Stelle der europäischen Staaten steht, geht das auch aus der Tatsache hervor, daß Norwegen im Jahre 1910 auf 100 Lebendgeborene 6,7 Sterbefälle im 1. Lebensjahre, Schweden 7,5, Dänemark 10,4, Finland 11,8, England und Wales 10,6 und Irland 9,5 hatte.

Gerade daraus nun, daß in einer Reihe von Ländern bei vergleichsweise niedrigen Geburtenziffern gute Überschüsse und gute allgemeine Gesundheitszustände vorhanden sind, können wir den Weg ersehen, der zur Sicherung eines an Zahl ausreichenden und gesunden Nachwuchses zu gehen ist. Es heißt (und wir wiederholen damit nur tausendmal Gesagtes): Verhütung der Geburt Untauglicher, weitere Herabsetzung der Sterbehäufigkeit, körperliche Ertüchtigung des Nachwuchses. Und in diesem Zusammenhang: großzügige Fürsorge für die Mütter und Kinder der ökonomisch

misch schwachen oder minder leistungsfähigen Volksschichten, einschließlich einer entsprechenden Wohnungspolitik, Stärkung des generativen Pflichtgefühls der Besitzenden und eine Reform der sexuellen Moral, die das Schwergewicht der Beurteilung nicht in die Legitimität der Geburt, sondern in die eugenische Beschaffenheit d. i. die „Wohlgeborenheit“ des Nachwuchses legt.

Was ist in diesem Sinne zu tun? Diese Frage führt uns zur Erörterung der vermeintlichen und der wirklichen Ursachen des Geburtenrückgangs und damit zum parlamentarischen Ausgangspunkt unserer Darlegungen zurück. Die sich ausbreitende Unsittlichkeit, die überhandnehmende Irreligiosität, die Gebärnlust der Frauen und die wachsende Anteilnahme der Frauen am Erwerbsleben sollen schuld sein. Fassen wir die beiden letztgenannten Punkte zuerst ins Auge. Sie sind schuld. Kein Zweifel. Sind deshalb die Frauen auch Schuldige? Ist die erwerbende Mitarbeit der Frauen nicht darum ein bitteres Muß, weil der Hausvater es nicht mehr allein schaffen kann? Weil seine Kraft nicht ausreicht, die Familie auch nur mit dem Notdürftigsten zu versorgen. Und daß die Gebärnlust nicht groß sein kann, wenn die Mütter keine Möglichkeit sehen, ihre Kinder dem Leben zu erhalten, sie einem gesunden und gedeihlichen Leben entgegenzuführen, ist nur zu selbstverständlich. Wenn jedes nachgeborene Kind denen, die schon da sind, das Brot vom Munde, die Luft aus der Stube und das Licht aus dem Leben stiehlt, wenn von 100 Konzeptionen 51 nutzlos waren (vgl. die Untersuchungen Hamburgers¹⁾ an 1042 Arbeiterfrauen) und nichts weiter zurückließen als Lebensminderung und Siechtum und Not! Wenn mit der wachsenden Kinderschar die Wohnung schlechter, das Unterkommen schwieriger und endlich ganz unmöglich wird! Nicht immer kommt's so weit, daß ein Vater von sieben Kindern sich auf die Schienen wirft, weil er mit den Seinen keine Unterkunft finden kann, sondern solches Sterben ist ein zwar langsames aber darum nicht minder schmerzhaftes als der Tod auf den Schienen.

Jawohl, wirtschaftliche und noch einmal wirtschaftliche Ursachen sind es, die die Erwerbsarbeit der Frauen, die ihre Gebärnlust erzwingen. Und wer die Augen gewaltsam davor verschließen will, dem sei neben dem positiven auch noch der negative Beweis erbracht. Die Gebärnlust und die Kleinhaltung

¹⁾ Hamburger, Über den Zusammenhang zwischen Konzeptionsziffer und Kindersterblichkeit in (groß-tädtischen) Arbeiterkreisen. Dieses Archiv, 3. Bd. 1908.

der Kinderzahl besteht nicht, wo das Leben und Unterkommen nicht so erschwert ist, wie in der Großstadt und wo guter Verdienst mit wenig Frauenerwerbsarbeit zusammentrifft. Auf dem Land mit seinen erleichterten Wohnungs- und Aufzuchtbedingungen trifft man noch höhere Geburtenzahlen. Und in Westfalen mit seiner jungen, gut verdienenden Bevölkerung trifft man sie.

Man will glauben machen, daß das mit Religion und Politik zusammenhänge. Beides stimmt nicht, und es wird nicht uninteressant sein, in diesem Zusammenhang auf eine verdienstliche Feststellung hinzuweisen. In einer Arbeit über „Die unehelichen Geburten in Baden“ macht Dr. Auguste Lange darauf aufmerksam, daß die allgemeine Fruchtbarkeit katholischer Gegenden niedriger, die uneheliche höher als der Durchschnitt des Landes ist. Wir wollen nun nicht in den Fehler verfallen, daraus zu schließen, daß die Katholiken unsittlicher seien als die übrige Bevölkerung oder daß hier die Religion die eheliche Fruchtbarkeit ungünstig beeinflusse. Nein, Religion und Geburtenziffer haben wenig miteinander zu tun. Ausschlaggebend sind auch hier wirtschaftliche Verhältnisse, wie Lange im einzelnen nachweist, der Umstand, daß „die bevorzugten Wohnsitze im Großherzogtum fast ausschließlich die Protestanten innehaben und der Prozentsatz den sie in den sozial günstiger gestellten Berufen einnehmen, ... ein bedeutend höherer ist als der der Katholiken.“

Weiter begegnet man immer wieder dem Hinweis auf die geburtenmindernde Tendenz der Sozialdemokratie. Die großen Städte als die Hochburgen der sozialdemokratischen Partei müssen zum Beweis herhalten. Besonders aber auch das „rote“ Sachsen. Daß es in den Großstädten nicht die politische Parteizugehörigkeit sondern Ursachen ganz anderer Art sind, haben wir schon gesehen und werden es auch noch an einem großstädtischen Sonderbeispiel erweisen. Aber auch in Sachsen liegt die Sache ganz anders. Dort macht sich bereits heute geltend, was in anderem Zusammenhang von dem volklichen Fassungsvermögen unseres Landes gesagt wurde. Während im allgemeinen in Deutschland im Jahre 1871 auf den qkm 75,9 Menschen und im Jahre 1905 112,1 kamen, stieg die Bevölkerungsdichtigkeit in Sachsen von 170,5 im Jahre 1871 auf 300,7 im Jahre 1905* oder um 76 Proz. an. Es ist nur selbstverständlich, daß eine den Durchschnitt um das 2 1/2 fache übertreffende Volksdichtigkeit nicht fortgesetzt in gleichem Maße zunehmen kann.

Und nun zu unserem großstädtischen, infolge einer geringen

Tabelle Nr. 1.
Altersgliederung der Bevölkerung von Frankfurt a. M.

Jahre	Es standen im Alter von												Summe		
	0—15 Jahren				15—50 Jahren				über 50 Jahre						
	Männl.	Weibl.	Proz.	Proz.	Männl.	Weibl.	Proz.	Proz.	Männl.	Weibl.	Proz.	Proz.	Männl.	Weibl.	Proz.
1880	18 731	18 850	29	26	38 989	60	62,2	6 874	11	8 488	11,8	64 594	72 287	52,8	136 831
1890	23 488	23 259	27,5	24,6	52 437	61,5	62,9	9 507	11	11 820	12,5	86 427	94 593	52,5	180 020
1900	38 098	38 037	27,3	25,4	85 416	61,1	61,3	16 168	11,6	19 749	13,3	139 682	149 307	51,7	288 989
1910	56 775	56 288	28,2	26,4	121 292	60,3	60,4	23 077	11,5	28 215	13,2	201 144	213 432	51,4	414 576

*) Weibl. in Proz. der Bevölkerung.

Tabelle Nr. 2.
Bevölkerungsvorgänge in Frankfurt a. M. von 1906—1912.

Jahre	Eheschließungen	Prom. der mittleren Einwohnerzahl	Geburten inkl. Totgeb.	Prom. der mittleren Einwohnerzahl	darunter Totgeb.	darunter Unehel.	Sterbefälle n. Totgeb.	Prom. der mittleren Einwohnerzahl	darunter Kinder unter 1 Jahr	Proz.	Überschuß der Geburten über die Sterbefälle	Prom. der mittleren Einwohnerzahl
1906	3 820	11,23	10 069	29,61	314	1 361	5 009	14,73	1 415	14,5	4 746	13,91
1907	3 871	11	9 831	27,93	306	1 365	5 085	14,45	1 278	13,4	4 439	12,6
1908	3 759	10,50	9 878	27,59	308	1 428	5 325	14,87	1 327	13,9	4 245	11,8
1909	3 649	9,95	9 563	26,08	316	1 354	5 075	13,84	1 144	12,4	4 488	12,2
1910	3 996	9,79	9 913	24,30	319	1 256	5 330	13,06	1 127	11,7	4 264	10,45
1911	3 965	9,49	9 506	22,74	297	1 288	5 275	12,62	1 145	12,4	3 938	9,41
1912	4 366	10,17	9 287	21,64	303	1 399	5 138	11,97	917	9,8	3 846	9
1913	4 205	9,56	9 240	21	313	1 453	5 132	11,66	914	10,24	4 108	9,34

Geburtenzahl und seines vergleichsweise kleinen Geburtenüberschusses besonders beweiskräftigen Sonderbeispiel, das uns Antwort darauf geben soll, ob in der Tat Atheismus, Materialismus und Rationalismus sich hier zu volkszerstörendem Bunde zusammenfinden oder ob nicht auch hier Ursachen anderer Art wesentlich dazu beitragen, die Gebärwilligkeit und mit ihr die Geburtenzahl zu mindern.

(Tabelle Nr. 1 siehe Seite 17.)

Frankfurt am Main, das 1880 erst 136 831 Einwohner zählte, hatte 1910 deren 414 576, vgl. Tabelle 1. Diese Verdreifachung beruht in der Hauptsache auf Zuwanderung und Eingemeindung von Vororten. Der im Geburtenüberschuß zum Ausdruck gelangende Zuwachs aus eigener Kraft hielt sich lange Zeit in den ungefähren Grenzen des Reichsdurchschnittes, hat aber in den letzten Jahren eine hinter dem Durchschnitt zurückbleibende Verminderung erfahren. Er ist von 13,91 vom Tausend im Jahre 1906 auf 9,0 Prom. im Jahre 1912 heruntergegangen (vgl. Tab. 2).

(Tabelle Nr. 2 siehe Seite 17.)

Ist dieser Rückgang auf natürliche Weise zu erklären oder ist hier in der Tat Anlaß zu Befürchtungen bevölkerungspolitischer Art gegeben?

An erster Stelle hat uns in diesem Zusammenhang die Bevölkerung nach ihrem Geschlecht, nach dem Altersaufbau und Zivilstand zu beschäftigen. Wir nehmen als Grundlage wiederum das Jahr 1880. Damals belief sich die weibliche Bevölkerung auf 52,8 Proz. der Gesamtbevölkerung (Tab. 1). Im Jahr 1910 war sie nur noch mit 51,4 Proz. beteiligt. Dieser Rückgang gewinnt eine besondere Bedeutung dadurch, daß er ausschließlich auf die gebärfähigen Altersklassen entfällt. In ihnen hat sich ein Rückgang von 62,2 auf 60,4 Proz. vollzogen, während die 0—15jährigen Altersklassen einen Prozentzuwachs von 0,4, die über 50jährigen dagegen einen solchen von 1,4 Proz. erfahren haben. (Für die Gliederung der männlichen Bevölkerung vgl. Tab. 1.) So ist ein Teil des Geburtenrückganges in dieser nicht unwesentlichen Verschiebung begründet. Und da in der Geburtenziffer auch die unehelichen Geburten enthalten sind, wird an der Grundtatsache auch durch den veränderten Zivilstand der weiblichen Bevölkerung nichts geändert. Es betrug nämlich in Frankfurt a. M. die Zahl der Frauen im Alter von 15—50 Jahren

im Jahre	ledig	Proz.	verheiratet	Proz.	verwitwet	Proz.	geschieden	Proz.	Summe
1905	52 183	49,7	49 055	46,7	3 247	3,1	574	0,5	105 086
1910	60 390	47,0	63 932	49,5	3 730	2,8	927	0,7	128 979

Die Eheschließungsziffern sind seit 1906 um 1,06 Prom. zurückgegangen, doch scheint diese Verschiebung eher zufälliger Art zu sein. Das kann nun freilich vom Geburtenrückgang nicht behauptet werden. Die Geburtenziffer hat sich von 29,61 Prom. im Jahre 1906 auf 21,64 Prom. im Jahre 1912 und 21 im Jahre 1913 vermindert (Berlin 1912: 20,5 Prom.). Gleichzeitig und noch beträchtlicher ist aber die Sterbeziffer gesunken. Die allgemeine von 14,73 Prom. im Jahre 1906 auf 11,97 Prom. im Jahre 1912 und 11,66 Prom. im Jahre 1913; die der Säuglinge von 14,05 Proz. im Jahre 1906 auf 9,87 Proz. im Jahre 1912 und 10,24 Proz. im Jahre 1913 (vgl. Tab. 2).

Nun wird man aber diesen günstigen Gesundheitszustand der Gesamtbevölkerung ebenso wie die niedrige Sterbeziffer der Säuglinge als erschwerend in dem Sinne anführen, daß in absehbarer Zeit einem weiteren Herabsinken der Sterbeziffern durch die „natürliche“ Sterblichkeit Einhalt getan werde. Eine solche Erwägung ist gewiß nicht abzuweisen; doch zeigen die von uns mitgeteilten norwegischen und schwedischen Säuglingssterbeziffern von 6,7 bzw. 7,5 Proz., daß diese untere Grenze selbst in Frankfurt noch lange nicht erreicht ist.

Und einen weiteren Beweis für die Möglichkeit einer noch recht weitgehenden Herabsetzung der Allgemeinsterblichkeit können wir gleichfalls einer Frankfurter Bevölkerungsgruppe entnehmen. Die dortige Aktienbaugesellschaft für kleine Wohnungen gibt in ihren in den verschiedensten Teilen der Stadt belegenen 7 Häuserblocks etwa 7 000 Personen Unterkunft. Für diese 7 000 Menschen gibt es eine besondere, sorgfältig geführte Personalstatistik, aus der hervorgeht, daß die bezügliche Sterblichkeit (allerdings auch die Geburtenhäufigkeit) weit hinter der städtischen Durchschnittszahl zurückbleibt. Sie betrug 8,37 Prom. im Jahre 1911, 5,11 in 1912 und 4,63 in 1913, während die entsprechenden städtischen Zahlen der Allgemeinsterblichkeit sich auf 12,62 bzw. 11,97 und 10,66 Prom. stellen. Professor Fleisch, der eine bezügliche Sonderarbeit verfaßt hat, will diese „günstige Mortalität nicht etwa als einen Ausdruck einer von vornherein besonders günstigen Beschaffenheit des die Einwohnerschaft zusammensetzenden Menschenmaterials, sondern als eine Folge der in diesen Häusern gebotenen

Wohnungsbedingungen“ angesehen wissen. Wir möchten nicht ganz soweit gehen wie Fleisch, sondern daneben geltend machen, daß sich in den Wohnungen der A.B.G. eine vorwiegend junge, d. h. im kräftigsten Alter stehende Bevölkerung in bescheidenen aber relativ geordneten Verhältnissen befindet. Aber wenn auch zuzugeben ist, daß wir es hier mit einer Bevölkerung von gesundem Habitus zu tun haben, so bleibt doch noch genug Günstiges übrig, das auf die erfreulichen Wohnungsverhältnisse zurückzuführen ist. Gut belichtete, verhältnismäßig geräumige Wohnungen, Wohnungsergänzungen in Gestalt von Vereinshäusern, Bleich- und Spielplätzen, kleinen Gärten usw., billige Mieten, die es ermöglichen, daß ein höherer Teil des Einkommens für Ernährung, Körper- und Geisteskultur aufgewandt werden kann. Es ist selbstverständlich, daß auch die Sterblichkeitsquote von alledem günstig beeinflusst wird. Indem wir das aber noch einmal besonders feststellen, haben wir zugleich einen wichtigen Fingerzeig für den Weg gewonnen, den eine ernsthafte bevölkerungspolitische Reform zu gehen haben wird.

Wir wollen aber noch weiterhin prüfen, wodurch der Geburtenrückgang veranlaßt und dem Rückgang der Sterbehäufigkeit entgegengearbeitet wird. Eine solche Prüfung ergibt auch für unsere Stadt, daß nicht von einem Nachlassen der Zeugungsfähigkeit, sondern nur von einem des Zeugungswillens die Rede sein kann. Ein schlüssiger Beweis dafür ist in den unehelichen Geburtenziffern zu erblicken. Sie machten im Jahre 1906 13,2 und im Jahre 1912 15 Proz. aller Geburten und im Durchschnitt der von uns betrachteten Jahre 14 Proz. aus (Tab. 3). An der gesamten Säuglingssterblichkeit dagegen nehmen sie mit 27,5 Proz. im Jahre 1906, mit 28,6 Proz. in 1912 und im Durchschnitt mit 26,8 Proz., also nahezu dem doppelten Satz ihres Geburtenanteils teil. Noch stärker fällt die ungünstige Stellung der Unehelichen ins Auge, wenn wir die Sterblichkeit der Unehelichen gesondert von der der Ehelichen betrachten. Während die eheliche Säuglingssterblichkeit sich auf durchschnittlich 10,4 Proz. beläuft, betrug die der Unehelichen, auf die uneheliche Geburtenfrequenz bezogen, 23,6 Proz. im Mittel. Und daß diese erschreckende Sterblichkeit ihre Begründung nicht in der so oft behaupteten physischen Minderwertigkeit des Unehelichenmaterials findet, das erhellt nicht nur aus den bekannten die uneheliche Bevölkerung von Frankfurt a. M. behandelnden Untersuchungen Spanns, sondern es erfährt eine eigentümliche Erhärtung durch eine kleine Feststellung aus dem Jahre 1911. Wäre es nämlich wirklich so, daß die Unehelichen

in schlechterer körperlicher Verfassung und mit minderer Lebenserwartung geboren würden, dann hätte das Sterbejahr 1911 ganz besonders unter ihnen aufräumen müssen. Was aber erleben wir statt dessen? Während die allgemeine Säuglingssterblichkeit des Jahres 1911 auf 13,5 Proz. (einschließlich Totgeborene) (von 12,7 Proz. in 1910) und die der Ehelichen von 9,96 auf 10,60 Proz. steigt, finden wir eine Unehelichensterblichkeit, die 1910 und 1911: 21 Proz. beträgt und 1912 auf 18,7 Proz. sinkt, indessen die eheliche von 10,6 in 1911 auf 8,3 in 1912 fällt.

Tabelle Nr. 3.

Anteil der Unehelichen an den Geburts- und Säuglingssterbeziffern in Frankfurt a. M. 1906—1912.

Jahre	Geburten			Unehel. in Proz. aller Geb.	Säuglingssterblichkeit					
	insgesamt	Ehel.	Unehel.		insgesamt	Ehel.	Proz. der Ehel.	Unehel.	in Proz. der unehel. Geb.	in Proz. aller Säuglingssterbef.
1906	10 069	8 708	1 361	13,2	1 415	1 026	11,8	389	28,6	27,5
1907	9 831	8 466	1 365	13,9	1 278	938	11,1	340	24,9	26,6
1908	9 878	8 450	1 428	14,5	1 327	928	11,0	399	28,—	30,—
1909	9 568	8 209	1 354	14,1	1 144	831	10,1	313	23,1	27,4
1910	9 913	8 657	1 256	12,7	1 127	863	9,96	264	21,—	23,4
1911	9 506	8 218	1 288	13,5	1 145	874	10,60	271	21,—	23,7
1912	9 287	7 888	1 399	15,—	917	655	8,31	262	18,7	28,6
				im Mittel			im Mittel		im Mittel	im Mittel
				14			10,4		23,6	26,8

In dieser Tatsache des unverhältnismäßig ausgedehnten Zugrundegehens eines kräftig geborenen Nachwuchses liegt ein schwerer Vorwurf für alle in diesem Zusammenhang Verantwortlichen. Ein Vorwurf, der nicht auf das vorzeitige Hinsterven allein beschränkt werden kann. Das ist ja noch die mildere Form des Untergehens. Viel schlimmer ist, was an den heranwachsenden Unehelichen gesündigt wird. Spann sagt in seinen mehrerwähnten Untersuchungen: „Einem (unehelichen) Kinde kann nichts Schlimmeres passieren, als daß seine Mutter am Leben und unverehelicht bleibt. Das heißt, es ist niemand verlassener, niemand ausgestoßener, niemand gefährdeter als ein solches Kind. Das Verbrechertum und die Prostitution rekrutieren sich in erschreckendem Maße aus den Reihen der Unehelichen. Nicht aber, weil die unehelich Geborenen schlechter oder sittenloser wären als die anderen, nein, weil sie schutzloser und verlassener sind als jene. Nur weil

die auf ihre Sittenstrenge und Kultur so stolze „Gesellschaft“ an ihnen zum Schelm geworden. Wir wollen hier nicht moralisieren und verlassen daher diese Seite der Sache. Eines aber wollen und müssen wir: darauf hinweisen, wie notwendig es gerade im Sinne einer nicht nur die Zahl, sondern die körperliche, geistige und sittliche Wesenheit des Volkstums ins Auge fassenden Bevölkerungspolitik ist, in ganz anderer Weise, als dies heute geschieht, sich des unehelich geborenen Menschenmaterials anzunehmen.

Nun bleibt endlich noch die Frage zu erörtern, wieweit eine aus dem Rahmen der Gesamtlebenshaltung herausgenommene prophylaktische Maßnahme die Säuglingssterblichkeit vermindern kann. Eine solche liegt in Frankfurt in Gestalt der Säuglingsfürsorge vor. Die seit 1910 bestehende Einrichtung hat recht gute Erfolge aufzuweisen. Einen wesentlichen Einfluß auf die allgemeine Säuglingssterblichkeit scheint sie indessen bislang nicht gehabt zu haben. Nach einigen Schwankungen in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts (vgl. Tab. 4) ist seit 1906 ein ständiger nur 1911 unterbrochener Rückgang der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen, der zweifellos mit allgemeinen Maßnahmen sozialer Fürsorge in engerem Zusammenhang steht als mit der nur auf die Säuglinge erstreckten.

Tabelle Nr. 4.

Prozentzahlen der Säuglingssterblichkeit
in Frankfurt a. M. 1900—1913.

Jahre	Von je 100 Lebendgeborenen starben im 1. Lebensjahre
1900	18,17
1901	15,60
1902	14,32
1903	16,96
1904	15,95
1905	17,24
1906	14,5
1907	13,4
1908	13,9
1909	12,4
1910	11,7
1911	12,4
1912	9,8
1913	10,24

Diese Erwägung führt uns zu einer wesentlichsten Seite unseres Problems: zu der wirtschaftlichen Bedingtheit der Geburtenzahl, das ist aber des Zeugungswillens.

Tabelle Nr. 5.
Bevölkerungsstand und Bewegung in Frankfurt a. M.
im Jahre 1910 nach Stadtteilen.

Stadtteile	Bevölkerungszahl		Geborene		Sterbefälle im 1. Lebensjahr	
	absolut	in Proz. der Gesamt- bevölke- rung	absolut	in Proz. aller Ge- borenen	absolut	in Proz. aller Sterbefälle im 1. Lebens- jahre
Altstadt	22 954	5,53	596	6	92	8,16
w. ö. n.						
Neustadt	30 626	7,38	584	5,9	74	6,56
SW	57 656	13,9	1 576	16,0	160	14,2
W	10 808	2,6	108	1,08	3	0,26
NW	16 804	4,05	169	1,7	6	0,53
N	34 912	8,4	650	6,55	54	4,61
NO	47 922	11,6	1 155	11,65	109	9,67
O	25 250	6,09	484	4,88	43	3,81
Bornheim	21 726	5,2	703	7,1	107	9,5
Sachsenhausen	48 748	11,75	1 084	10,9	131	11,6
Bockenheim	39 995	9,64	1 069	10,78	120	10,7
14 Vororte	56 924	13,8	1 602	16,16	201	18,0
Auswärts	251	0,06	133	1,3	27	2,4
Gesamtbevölke- rung	414 576	100,0	9 913	100,0	1 127	100,0

Im Jahre 1906 weist Frankfurt noch eine Geburtenziffer von 29,61 auf das Tausend der Bevölkerung auf. Das Jahr 1907 zeigt einen Absturz von fast 2 Prom. (Tab. 2). Hier kann gewiß nicht von einem Jahr aufs andere von einem Nachlassen der Zeugungsfähigkeit, sondern lediglich des Zeugungswillens gesprochen werden. Da es aber zugleich ausgeschlossen ist, daß das, was Wolf „die Rationalisierung des Geschlechtslebens“ nennt, sich innerhalb eines Jahres so stark durchsetzen könnte, sind wir genötigt, nach anderen, oder sagen wir weiteren Gründen dieser eigentümlichen Erscheinung Umschau zu halten.

Wir finden sie, wenn wir uns einiger wirtschaftspolitischer Tatsachen erinnern. 1906 ist das Jahr der ersten großen Teuerungswelle. Es brachte bedeutsame Preiserhöhungen einer Reihe lebenswichtigster Nahrungsmittel. So ist der Geburtenrückgang von 1907 in gewissem Umfang eine Antwort auf den Zolltarif von 1906, sowie der gleichfalls fast 2 Prom. betragende Geburtenrückgang von 1909 auf 1910 der Finanzreform von 1909 entspricht.

Das sind unbequeme Tatsachen, aber immerhin Tatsachen. Wir werden sie noch im einzelnen aus den Frankfurter Er-

Tabelle
Die Geburts- und Säuglingssterbeziffern in ver-

Stadtteil	Jahr 1906			Jahr 1907			Jahr 1909		
	Geborene	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre	Geborene	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre	Geborene	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre
SW	1 481	14,7	187	1 533	15,6	183	1 644	17,2	170
W	139	1,38	10	109	1,1	7	100	1,—	7
NW	201	2,—	7	187	1,9	6	190	1,98	6
NO	1 437	14,3	189	1 374	14,—	169	1 266	13,2	148
Sachsenhausen	1 239	12,3	169	1 282	13,—	128	1 264	12,6	141
Bornheim	719	7,1	129	688	7,—	141	707	7,4	127

fahrungen zu belegen haben, wollen aber zuvor dem oft erhobenen Einwand begegnen, daß der Geburtenrückgang bei den Wohlhabenden ein Beweis gegen die wirtschaftliche Verknüpftheit der Geburtenhöhe sei. Es ist eine vielmals gewürdigte Tatsache, daß die reichen Leute aus Egoismus, Bequemlichkeit und Genußsucht, manchmal auch aus falsch verstandener Vorsorge und Ehrbegier für die Kinder, jedenfalls aber aus ganz anderen Gründen als die Mittellosen ihre Kinderzahl niedrig zu halten suchen. (Eine Ausnahme machen manchmal die sehr Reichen und meist die sehr Armen. Die einen, weil es bei ihnen nicht darauf ankommt, die anderen, weil das Elend bei ihnen auch durch ein oder einige Kinder mehr nicht mehr vergrößert werden kann und — weil es ihnen entweder aus angeborener Anlage oder infolge Verelendung an dem nötigen Verantwortungsgefühl für die von ihnen in die Welt gesetzten Kinder fehlt.) Der Anteil der Besitzenden an der Gesamtvolkszahl ist aber so geringfügig (1907 versteuerten nur 5 Proz. aller preußischen Zensiten ein Einkommen von mehr als 3 000 M.), die von ihnen geübte Geburtenbeschränkung geht schon auf so lange Zeit zurück, daß der erst in jüngster Zeit so besonders stark einsetzende Geburtenrückgang davon kaum berührt wird, während seine wirtschaftliche Bedingtheit besonders dann klar zutage tritt, wenn wir, wie bei dem uns vorliegenden Frankfurter Material, die Möglichkeit haben, diese Bedingtheit an Hand der örtlichen sozialen Bevölkerungsgliederung nachzuweisen (Tab. V und VI).

Nr. 6.
schiedenen Stadtteilen in Frankfurt a. M. 1906—1912.

Geborene	Jahr 1910			Jahr 1911			Jahr 1912		
	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre	in Proz. aller Sterbefälle im 1. Lebensjahre	Geborene	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre	Geborene	in Proz. aller Geborenen	Sterbefälle im 1. Lebensjahre
1 576	16,—	160	14,2	1 458	15,3	171	1 419	15,3	133
108	1,08	3	0,26	100	1,05	4	103	1,1	7
169	1,7	6	0,53	143	1,5	10	164	1,8	7
1 155	11,65	109	9,67	1 069	11,25	127	979	10,5	102
1 084	10,9	131	11,6	999	10,5	94	917	9,9	72
703	7,1	107	9,5	617	6,5	94	669	7,2	81

Eine strenge Scheidung in wohlhabende bzw. reiche Wohnbezirke und solche Unbemittelter ist in Frankfurt nicht vorhanden, da auch dem westlichen und nordwestlichen Stadtteil Annexe mit vorwiegender Kleinleutebevölkerung angehören. Immerhin ist die Unterschiedenheit des durchschnittlichen Wohlhabensgrades so bedeutsam, daß wir die für uns nötigen Anhaltspunkte gewinnen können. Da finden wir denn im weiträumig gebauten, dünn besiedelten Westen (W) bei 2,6 Proz. der Gesamtbevölkerung eine Geburtenfrequenz von 1,08 Proz. aller Geburten und eine Säuglingssterbeziffer von 0,26 Proz. der Gesamtsäuglingssterblichkeit. Noch geburtenärmer ist Nordwest (NW), das bei 4,05 Proz. der Gesamtbevölkerung an der Geburtenfrequenz mit 1,7 Proz. an der Sterbehäufigkeit der Säuglinge mit 0,53 Proz. teilnimmt. — Ganz anders Südwest (SW), ein Stadtviertel, in dem eine junge, gesunde und auch ökonomisch leistungsfähige bzw. in gewissem Umfang und nach Maßgabe der in den bezüglichen Schichten üblichen Lebensansprüche gesicherte Arbeiter- und gewerbetreibende Bevölkerung zu Hause ist. Die dort wohnenden 13,9 Proz. der Bevölkerung waren 1910 mit 16 Proz. an der Geburten- und mit 14,2 Proz. an der Säuglingssterbeziffer beteiligt. Für Nordost (NO) lauten die betr. Zahlen auf 11,6 bzw. 11,65 und 9,67 Proz. Und wiederum ein anderes minder günstiges Bild zeigen solche Stadtteile, in denen eine alte, wenig aufstrebende und zu einem Teil auch weniger arbeitstüchtige Bevölkerung wohnt. So weist die Altstadt mit 5,53 Proz. der Bevölkerung 6 Proz. der Geburten, aber 8,16 Proz. der Säuglingssterblichkeit auf. Bornheim mit starker aber dichtgedrängter Arbeiterbevölkerung, ergibt bei 5,2 Proz. der Bevölkerung, 7,1 Proz. der Geburten aber 9,5 Proz. der Säuglingssterbefälle. Für den Ortskundigen, der in der Lage ist, aus eigener Anschauung auch alle die ziffermäßig nicht zu erfassenden Nebenumstände zu würdigen, erhellt aus alledem die wirtschaftliche Verankerung der Geburten- wie der Sterbehäufigkeit,

¹⁾ Selbst in dem schlimmen Säuglingssterbejahr 1911 wächst die Säuglingssterblichkeit in W nur um einen Fall oder um 0,09.

daneben aber auch die Abhängigkeit der Geburtenzahl von dem Durchschnittsalter der Bevölkerung. Wir kennzeichneten SW z. B. als einen Stadtteil, der in der Hauptsache einer jungen und gut verdienenden Bevölkerung Unterkunft gibt. Während die Allgemeinbevölkerung einen Geburtensatz von 24,30 Prom. i. J. 1910 aufweist, finden wir in SW einen solchen von 27,33 Prom., bezogen auf die Bevölkerung dieses Stadtteiles. Die niedrige Geburten- und noch niedrigere Sterbequote von W und NW bleibt völlig im Rahmen der in reichen Bevölkerungskreisen längst beobachteten Geburteneinschränkung bei selbstverständlich sorglichster Aufzucht der Geborenen. In W und NW stellt sich die Geburtenfrequenz an der in diesen Stadtteilen ansässigen Bevölkerung gemessen, auf 10 Prom. i. J. 1910, während die allgemeine städtische Geburtenfrequenz 24,30 Prom. betrug.

Noch stärker treten die ökonomischen Zusammenhänge zutage, wenn wir dem örtlichen den zeitlichen Ablauf der Geburten gesellen. Absolut und relativ die meisten Geburten bringt SW. Von 1481 gleich 14,7 Proz. der gesamten Geburtenzahl und 34,3 aufs Tausend der bezüglichen Stadtteilbevölkerung sehen wir hier die Geburtenzahl noch bis 1909 bis auf 1644 oder 17,2 Proz. der Allgemeinfrequenz anwachsen. Von da ab setzt eine rückläufige Bewegung ein, die 1910 nur noch einen Promillesatz von 27,33 ergibt und bei einer von 43 207 i. J. 1905 auf 57 656 i. J. 1910 gestiegenen Bevölkerung einen absoluten Rückgang auf 1 576 und i. J. 1912 auf 1 419 Geburten aufweist. Das Ansteigen der absoluten Geburtenziffer bis 1909 bei gleichzeitigem Rückgang des Promillesatzes entspricht nur der bereits von uns gewürdigten Tatsache, daß dieser am stärksten gewachsene Stadtteil ein neu besiedeltes Fabrikviertel mit gut verdienender junger Bevölkerung von Arbeitern und Gewerbetreibenden darstellt. Und wenn trotzdem seit 1909 bei noch wachsender Bevölkerung nicht nur der Promillesatz, sondern auch der absolute Anteil an der Gesamtzahl der städtischen Geburten zurückgeht, so haben wir die Ursachen dafür zu einem Teil in dem Umstand zu erkennen, daß in dieser jungen Bevölkerung die Kinder einen breiteren Raum einnehmen. Zu einem anderen Teil müssen wir den Grund in ökonomischen Lebenserschwerungen suchen. (Tab. VI.)

Das wird noch weiter klar, wenn wir unsere Aufmerksamkeit Stadtteilen mit stabileren Bevölkerungsverhältnissen zuwenden. Da ist z. B. NO, das von 1905 auf 1910 von 44 949 auf 47 922 Einwohner angewachsen ist. 1906 finden wir dort bei 1 437 = 14,3 Proz. aller Geburten einen Promillesatz, der von 32 auf 24,1 i. J. 1910 und absolut auf 1 155 i. J. 1910 und 979 i. J. 1912 heruntergegangen ist. Zu bemerken ist, daß in NO viele kleine und mittlere Beamte wohnen, das sind also Angehörige der Schichten, die bei gleichbleibendem oder wenig steigenden Einkommen die Unbilden der Lebensverteuerung am härtesten empfinden müssen.

Und nun zu den wirtschaftlichen Ursachen selbst. Wir haben bereits auf die Jahre 1906 und 1909, d. h. aber auf den Zolltarif und die Finanzreform als die Ausgangspunkte wirtschaftlicher Not hingewiesen. Auch die Preisgestaltung des Frankfurter Lebensmittelmarktes bezeugt dies.¹⁾ Er zeigt ein Ansteigen

¹⁾ Die folgenden Preisangaben beziehen sich auf die Zeit vor dem Krieg.

der Getreide- und Mehl- ein Hochbleiben der Brot- und ein weiteres Anziehen der Fleischpreise, das erst Ende 1913 einem kleinen Rückgang Platz macht. Seit 1900 hat eine durchschnittliche Verteuerung des Fleisches um 25 Proz. stattgefunden. Eine gleiche Steigerung haben die Butter- und Eierpreise erfahren und auch die Milch ist um 20 Proz. teurer geworden. Der Preisbewegung nach oben sind, abgestuft nach dem jeweiligen Ernteausfall auch die Gemüse, Kartoffeln usw. gefolgt, so daß selbst ein so vorsichtiger Beurteiler wie Busch, der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt, zu dem Schluß kommt: „Im Sinne unserer vorliegenden Arbeit müssen wir jedenfalls auf die mögliche und tatsächlich beobachtete preissteigernde Wirkung der indirekten Steuern verweisen.“ ... „Jedenfalls müssen wir bezüglich des vielumstrittenen Einflusses unserer Zollpolitik darauf verweisen, daß ein zeitliches Zusammentreffen zollpolitischer Maßnahmen mit Preissteigerungen so augenfällig ist, daß die preissteigernde Wirkung der Zölle nicht bestritten werden kann.“ („Die Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt zu Frankfurt a. M. und deren Einfluß auf die Haushaltsführung der Bevölkerung.“ Frankfurt 1912 S. 7.)

Dann die Kohlenpreise. Sie sind für Hausbrand von durchschnittlich 99 Pf. pro Zentner i. J. 1902 auf 1,40 M. i. J. 1912 gestiegen oder um 41 Proz., die Preise für Nutzkohlen von 1,26 auf 1,59 M. oder 26 Proz.

Und da sind endlich die Wohnungen. Wohnungsnot und Geburtenbeschränkung gehören zusammen, und gäbe es keinen anderen Grund, dieser eine würde genügen, den Geburtenrückgang zu erklären, herbeizuführen und — zu rechtfertigen. Die Wohnungsnot und die Wohnungsteuerung sind Kalamitäten, die selbst in einer Stadt wie Frankfurt, die auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge Vorbildliches geschaffen hat, ihre geburtenmindernden Eigenschaften entfalten müssen.

Nach Busch (a. a. O. S. 13) ergab sich zwischen 1895 und 1910 eine Preissteigerung für Einzimmerwohnungen von 173 auf 247 M., für solche von 2 Zimmern von 280 auf 372 bis 549 M., für 3 Zimmer von 442 auf 549, 4 Zimmer von 660 auf 817 M. usw. Diese Steigerung hat seitdem weitere Fortschritte gemacht, so daß der Durchschnittspreis für eine Zweizimmerwohnung mit Zubehör mit 480 bis 550 M., der für eine Dreizimmerwohnung mit 600 bis 750 M. anzusetzen ist.

Das Einkommen hat mit alledem nicht Schritt gehalten. Zwar hat der ortsübliche Tagelohn eine Erhöhung auf 3,90 M. für Männer

und 2,90 M. für Frauen erfahren und auch aus den Ausweisen der Ortskrankenkassen geht hervor, daß der Anteil der 5 M. und mehr Verdienenden an der Gesamtmitgliederzahl von 28,82 Proz. im Jahre 1906 auf 41,19 Proz. i. J. 1912 gestiegen ist. Das will aber nur wenig bedeuten gegenüber der Tatsache, daß nach Berechnungen aus dem Jahr 1911 (vgl. Fürth: „Mindesteinkommen, Lebensmittelpreise und Lebenshaltung.“ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 1911) zur rationellen Ernährung eines Erwachsenen pro Tag und Kopf 76 Pf. erforderlich und daher, die Ernährungsquote mit 50 Proz. der Gesamtausgaben angesetzt, für eine aus Eltern und 2 Kindern bestehende Familie ein Wochen-einkommen von 33,30 M., für eine mit 4 Kindern gesegnete Familie eines von 44,40 M. nötig gewesen wäre. Seitdem ist alles noch teurer geworden.

Vergleichen wir nun Ortskrankenkassenausweis und voraussetzendes Einkommen, so ergibt sich, daß im Jahre 1911 etwa $\frac{2}{5}$ der in der O.K.K. zusammengeschlossenen Einwohnerschaft in der Lage gewesen wären, eine Familie von 5 Köpfen ordnungsmäßig zu ernähren, während alle übrigen sich entweder mit 1—2 Kindern hätten begnügen, oder auf ordnungsmäßige Ernährung usw. verzichten, oder endlich durch die Mitarbeit der Frau eine Erhöhung des Einkommens herbeiführen müssen.

Die beiden letzten Punkte sind denn auch an der Tagesordnung. Von Unterernährung und Mitarbeit der Frau erzählen die vom Gewerkschaftskartell herausgegebenen Arbeiterbudgets, und kümmerliche Verhältnisse offenbaren auch die Frankfurt betreffenden Budgets in den vom Reich herausgegebenen Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien.

Aber auch das erste, der Verzicht auf Kindersegen, breitet sich immer mehr aus. Wir haben gezeigt, wie begreiflich und selbst notwendig im rassehygienischen Sinne das ist.

So widerlegen auch die Verhältnisse der Stadt Frankfurt, die wie die reichste so auch die teuerste Stadt des Reiches ist, das Märchen, daß weder die wirtschaftlichen Zustände noch auch das verstärkte Verantwortlichkeitsgefühl den Geburtenrückgang verschuldet hätten.

Fassen wir nun noch einmal, bevor wir weitergehen, zusammen, was uns unsere Frankfurter Untersuchungen gezeigt haben. Ein kleiner Teil des Geburtenrückganges findet seine Erklärung durch die Veränderungen innerhalb der Alters- und der geschlechtlichen Gliederung der Bewohnerschaft. Die erschreckend niedrigen Ge-

burtsziffern der reichen Quartiere, ein Ausdruck der das Leben verneinenden Praxis des Reichtums, werden durch noch niedrigere Sterbequoten wenigstens einigermaßen ausgeglichen. In den ausgesprochenen Arbeiterquartieren anfänglich gute Geburts- und vergleichsweise niedrige Säuglingssterbeziffern. Dann ein Absinken der Geburtenzahl, dessen wirtschaftliche Begründung wir deutlich nachweisen konnten. — Dann wieder andere Stadtteile mit älterer, weniger regenerationsfähiger Bevölkerung, mit großer Wohndichtigkeit und entsprechend mangelhaften Wohnungszuständen, mit mittleren Geburts- und ziemlich hohen Säuglingssterbeziffern, beides wiederum durch die erschwerte Wirtschaftslage ungünstig beeinflusst.

Daß neben diesen greifbaren auch unwägbare Einflüsse anderer Art zum Geburtenrückgang beitragen, soll nicht in Abrede gestellt werden. Sie sind zu kennzeichnen als die selbstverständlichen Folgeerscheinungen eines Lebens- und Kulturstandes, der durch eine vervollkommnete Technik der Güterbeschaffung über die bloße Befriedigung der Lebensnotdurft und des animalischen als Fortpflanzung sans phrase wirksamen Lebenstriebes hinausgehoben, sich als Selbstzweck empfindet und daher eine Reihe persönlicher Lebens- und Kulturforderungen stellt und durchzusetzen sucht. Mit diesen persönlichen Lebensansprüchen ist besonders angesichts der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, das muß ausgesprochen werden, eine große Kinderzahl unvereinbar. Aber sie ist auch gar nicht notwendig, sobald es gelungen sein wird (und wir sind auf dem Wege dahin) das Gesundgeborenwerden zu gewährleisten, den größten Teil dessen, was geboren wurde, dem Leben zu erhalten und alle die Lebenssicherungen und Verbesserungen zu schaffen, die es dem lebenden Geschlecht in allen seinen Gliedern wohnlich auf Erden machen.

Den in alledem und nicht nur in der reinen Reproduktion sich auswirkenden „Willen zum Leben“ nennt Naumann in dem Brief an das „Berliner Tageblatt“, in dem er seine Zustimmung zu dem Schutzmittel — Gesetzentwurf zu begründen oder vielmehr zu — rechtfertigen sucht (Nr. 105 v. 27. Februar 14), „eine sehr verwickelte seelische Erscheinung“. Das ist gewiß zutreffend, und es ist mehr als erstaunlich, daß gerade Naumann sich zu denen gesellt, die immer noch und immer wieder den Versuch machen, „seelischen Erscheinungen“ mit dem Polizeistock beikommen zu wollen. Und das tut ein Mann, der besser als viele andere weiß oder wissen müßte, daß nicht durch Polizeimaßnahmen, sondern

höchstens durch die von ihm in einem Schlußsatz ganz nebensächlich erwähnten „sozialen Erleichterungen“ der „Wille zum Kind“ gestärkt werden könnte, und der weiß, wie völlig wirkungslos, auf diesem Gebiet mehr als auf irgendeinem anderen, die Strafandrohung ist. Da ist z. B. die Abtreibung. Sie ist mit unerhört schweren, man kann geradezu sagen mit grausamen Strafen belegt. Sie ist überdies als eine schwere Lebensgefahr zu kennzeichnen, ist doch beispielsweise nach den Aussagen einer Autorität wie Ministerialdirektor Kirchner, die Zunahme der Erkrankungen und Sterbefälle an Kindbettfieber in der Hauptsache auf die Ausbreitung des kriminellen Abortes zurückzuführen. Also harte Bestrafung, Lebensbedrohung und doch eine Ausbreitung eines Vergehens, das nach den Bekundungen Sachverständiger von 80 bis 95 Proz. aller Fälle von Abort umfaßt.

Sollte der vorliegende Entwurf in der Tat Gesetz werden, so wäre ihm als einziger zweifelloser Erfolg der beschieden, daß einem wüsten Denunziantentum Tür und Tor geöffnet und damit eine weitere Senkung des moralischen Niveaus herbeigeführt würde.

Aber dieser Schaden wäre nicht der einzige und nicht einmal der schlimmste, denn wenn der Entwurf auch ausdrücklich besagt, daß das Verbot nur soweit gelten solle, „als nicht die Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse des gesundheitlichen Schutzes entgegensteht“, so wird doch die Unmöglichkeit, die Schutzmittel von den antikonceptionellen Mitteln zu trennen, gleichbedeutend mit einem Verbot auch der meisten Schutzmittel sein. Noch dazu, wenn eine derartige Vorschrift den Kautschukcharakter der vorliegenden trägt und mit ihrer Überwachung — die Polizei betraut ist.

Was das aber in gesundheitlicher Beziehung bedeutet, das geht aus der Tatsache hervor, daß die erfolgreiche Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wesentlich von der Anwendung von Schutzmitteln abhängt. Und was es in bezug auf eine richtig verstandene Geburtenpolitik ist, das erhellt aus den vorsichtigen Schätzungen Blaschko's¹⁾, nach denen man heute schon in Deutschland mit einem auf früherer Tripperinfektion beruhenden jährlichen Geburtenausfall von etwa 200 000 Geburten zu rechnen habe. Was ferner die venerischen Erkrankungen an unheilbaren Folgekrankheiten, an Herabsetzung der Lebens- und Arbeitsfähigkeit, das ist aber an Produktionsausfall, an Arzt- und Hospitalkosten usw. usw. zur Folge haben, wieviel Vernichtung von

¹⁾ In dem Werke von Mosse und Tugendreich, Krankheit und soziale Lage. München 1912.

Lebens- und Familienglück sie bedeuten, das läßt sich kaum ausdenken, geschweige denn irgendwie ausdrücken.

Trotz alledem und alledem ließe sich vielleicht auch vom Frauenstandpunkt aus und unter Hintansetzung all der Empörung, mit der es die denkende und fühlende Frau erfüllen muß, sich hier wie eine Sache beiseite geschoben und über sich verfügt zu sehen, über dies Gesetz reden, wenn es nur den mindesten Erfolg in der gewünschten und vorausgesetzten Richtung verspräche. Daß es nicht an dem ist, geht nicht zuletzt auch aus den Gutachten ärztlicher Autoritäten hervor.

Aus den Antworten auf eine bezügliche Umfrage des „Berliner Tageblattes“ seien einige Stellen mitgeteilt (Nr. 98 vom 23. Februar 1914):

Professor Dürssen glaubt nicht, daß das Gesetz zum Ziele führen würde, „weil das Publikum zahlreiche andere nicht kontrollierbare Mittel anwenden wird . . . Außerdem brächte das Gesetz die Gefahr, daß die Geschlechtskrankheiten zunehmen.“

Prof. Dr. Blumenreich findet die Vorlage als Gynäkologe nicht zweckmäßig. Sie werde auch ihren Zweck verfehlen.

„Ich kann sie daher nicht als rationell ansehen und muß sie eher als Mittel zur Beförderung der Geschlechtskrankheiten bezeichnen.“

Prof. Dr. Landau erklärt im gleichen Sinne:

„Dadurch, daß infolge des Verbotes des Mittels selbstverständlich mehr Leute infiziert werden, würde das Gegenteil der gesetzgeberischen Absicht erreicht werden, daß nämlich der Geburtenrückgang zunimmt. Die Frauen bleiben nach einer Infektion dauernd steril, und so wäre das Gesetz die wirksamste Methode, die Fruchtbarkeit der Nation zu beschränken . . . Zur Hebung des Kindersegens gibt es andere auf sozialem Gebiet liegende Mittel.“

Der Gynäkologe Prof. Dr. v. Bardeleben führt u. a. aus:

„Einen Gebärzwang einzuführen halte ich für ein Unding. Gerade in der Großstadt ist es wohl besser, wenn eine Frau weniger Kinder hat und sie gut ernährt und erzieht, als eine größere Anzahl, die sittlich und körperlich verkommt.“

Prof. A. Baginski, der Direktor des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhauses ist der Überzeugung, daß der Geburtenrückgang niemals durch solche Gesetze verhindert werden könne, es dürfte eher der Geburtenzuwachs geschädigt werden.

„Will die Regierung einen größeren Kinderreichtum, dann mag sie die Steuern herabsetzen oder die Hälfte der Kinder auf Staatskosten erziehen lassen, und sie wird sehen, wie schnell sich die Zahl der Kinder vermehren wird. Jene Präventivmittel, die dem öffentlichen Verkehr entzogen werden, sind heute die besten Schutzmittel gegen die Ansteckungsgefahr. So stellt sich die Vorlage als ein Ausbund von Unvernunft dar.“

Geheimrat Prof. Dr. Neißer, der bekannte Syphilidologe spricht sich in gleichem Sinne aus und schließt: „Bei dem beständigen Steigen der Preise

aller Bedürfnisse des täglichen Lebens können nur Wohlhabende sich den Luxus einer großen Familie leisten.“

Ebenso sind für den Sozial-Mediziner Prof. Dr. Grotjahn die Hauptsache zur Bekämpfung des Gehurtenrückganges „indirekte Maßnahmen, indem man den Eltern das Leben wirtschaftlich erleichtert. Polizeiliche Zwangsmaßnahmen nützen gar nichts.“

Wir Frauen freuen uns der Sachlichkeit und des Sachverständnisses, das in diesen Gutachten zum Ausdruck kommt. Aber es erfüllt uns mit einem Gefühl tiefer Bitterkeit, daß man Tugater hier wieder einmal vergessen hat. Wir Frauen, wir sind alle Multatuli, „der viel gelitten hat“. Aber Männer ruft man als Kronzeugen auf, damit sie für uns reden. Man denkt nicht daran, uns selbst zu befragen, uns selbst zu Wort kommen zu lassen. Männer reden für uns, Männer, denen unser innerstes Empfinden fremd ist und notwendig fremd sein muß. Männer, denen unser Leid und unser Leiden nur um den Finger geht, dieweil es uns in's Fleisch schneidet. Männer, die, das haben die Parlamentsverhandlungen dargetan, ohne Rücksicht auf unser Persönlichkeitsrecht und unseren Lebensanspruch, Kinder — Kinder und noch einmal Kinder von uns verlangen.

Ja, wenn noch Kinder als Frucht selbstgewählter freudiger Hingabe! Ja, wenn noch Kinder, für die man Brot und Luft und Licht und Lebensfreude und Gelingen hat! Aber nein: davon war, davon ist nicht die Rede. Zahlen müssen es sein. Zahlen! Und da ist es nach der Meinung dieser Leute besser, eine Frau unterziehe sich zwölfmal der Qual und Gefahr des Gebärens, gebe zwölfmal Lebenskraft und Lebensanspruch dahin, bis nichts mehr von ihr übrig ist als der Schatten eines Menschen, nur damit ihr vielleicht (?) die Hälfte der von ihr in Schmerzen Geborenen, in der Mühe der Tage und der Sorge schlummerloser Nächte Herangepflegten bleibe, als sie bringt dem Staat nur 3 oder 4 Kinder, die sie behalten, denen sie gute Lebensmöglichkeiten schaffen kann, denen die zuviel Geborenen und wieder Hinweggerafften nicht das Brot vom Munde, die Luft aus der Heimstatt und das Licht aus dem Leben gestohlen haben.

Kraft welchen Rechtes darf man solch unnützes Opfertum von uns verlangen? Uns dazu verdammen, sieche und elende Kinder einem siechen und elenden Leben entgegenzuführen?

Mit welchen Mitteln will man uns zwingen?

Von welchem Standpunkt aus von uns fordern, daß wir, die Kinder derselben Kultur, die auch die Lebensluft des Mannes ist,

um eines in sich unnützen und darum wertlosen Opfers willen auf unseren Anteil an den Gütern dieser Kultur verzichten?

Wäre es notwendiges Opfertum! Wir Frauen sind daran gewöhnt, zu opfern und uns aufzuopfern. Daß es auch Drohnen und Entartete unter uns gibt, das ändert an dieser Grundtatsache nichts. Spartanische Mütter haben dem Sohn den Schild gereicht und ihn in den Kampf entlassen mit dem die Zeiten überdauernden: „Mit ihm oder auf ihm!“ Und als es 1813 galt, da waren es wiederum die deutschen Frauen, die ein leuchtendes Beispiel allseitiger Opferbereitschaft gegeben haben.

Und heute ist es nicht anders, als es damals war. Sich aufzuopfern und sich hinzugeben ist heute wie je das schöne Vorrecht des Weibes. Aber ein Geschlecht, das denken gelernt hat, das sich von seinem Fühlen und Wollen Rechenschaft gibt, ein Geschlecht, das Kulturträger geworden ist und immer mehr werden will, das opfert nicht mehr unnütz, sondern bewußt und verantwortlich.

Und läßt sich nicht zwingen!

In Ibsen's „Kronprätendenten“ sagt Jatgejr, der Skalde: „Es kann einer fallen für das Lebenswerk eines anderen — aber weiter leben kann er nur für sein eigenes.“ So gebt uns die Möglichkeit für unsere Sache für und mit unseren Kindern zu leben. Gebt uns unser Recht der Gleichheit und Selbstbestimmung, gebt uns Lebenslicht und Lebensluft und den großzügigen Mutterschutz, dessen wir bedürfen, und dessen seid sicher: Wir werden die Mütter sein, deren das Vaterland bedarf.